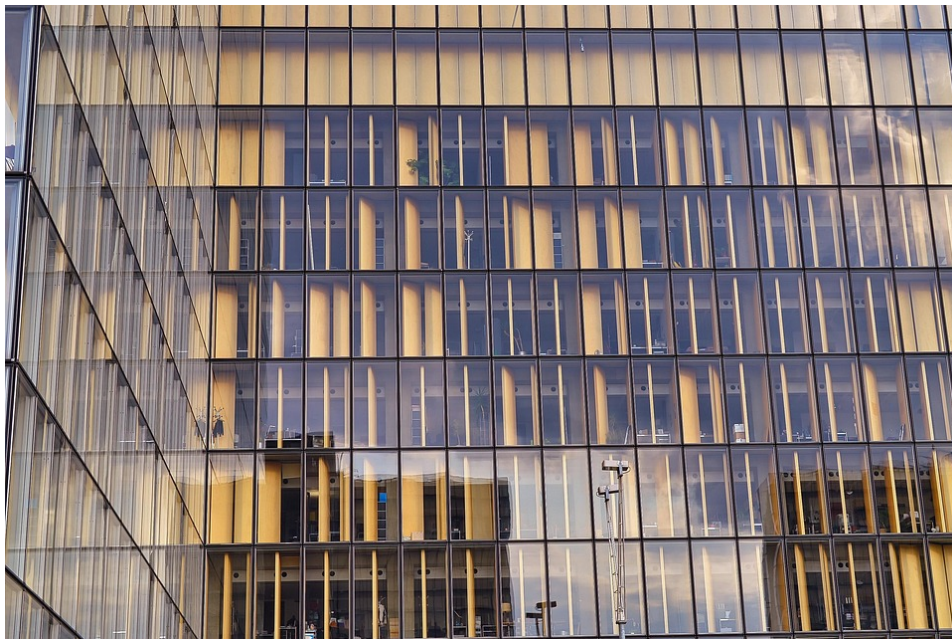


Frankreich stoppt Evakuierungen aus Gaza wegen antisemitischer Posts

Frankreich stoppt alle Evakuierungen aus Gaza, nachdem eine palästinensische Studentin wegen antisemitischer Beiträge in die Kritik gerät. Die politischen Folgen entwickeln sich rasant.



Die französische Regierung hat beschlossen, eine Studentin aus **Gaza** abzuschieben, weil sie angeblich antisemitische Inhalte in ihren sozialen Medien geteilt hat. Dies geschah, während die Empörung über ihre Beiträge zunimmt. Jean-Noël Barrot, der französische Außenminister, äußerte, dass „sie das Land verlassen muss. Sie hat keinen Platz in Frankreich“. Er gab jedoch nicht an, ob die Behörden die Studentin zurück nach **Gaza** bringen werden.

Politische Reaktionen und Maßnahmen

Der Vorfall hat eine politische Kontroversen ausgelöst und beherrscht die französischen Nachrichten, da der **Innenminister** erklärte, ihre Beiträge seien „ Hamas-Propaganda“. Barrot fügte hinzu, dass die französischen und israelischen Überprüfungen vor ihrer Ankunft in Frankreich die „antisemitischen und inakzeptablen“ Beiträge nicht aufgedeckt hatten. Aufgrund der laufenden Ermittlungen werden alle französischen Evakuierungen aus Gaza vorerst ausgesetzt.

Evakuierungen aus Gaza und humanitäre Lage

Seit den Hamas-Angriffen auf Israel am 7. Oktober 2023 hat Frankreich Hunderte von Personen aus Gaza evakuiert. Erst letzten Dienstag betonte Barrot, dass Frankreich viel Energie darauf verwendet, hungernde Journalisten der französischen Nachrichtenagentur AFP aus dem Gebiet zu bringen. Das Außenministerium hat noch nicht bestätigt, ob diese Evakuierungen fortgesetzt werden.

Reaktionen der Universität

Die Universität der Studentin, Sciences Po Lille, hat die umstrittenen Beiträge nicht näher benannt, erklärte jedoch, dass der Inhalt „in direktem Widerspruch“ zu ihren Werten steht. In einem Beitrag auf X sagte die Universität: „(Sciences Po Lille) kämpft gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung sowie gegen jede Art von Hassaufrufen gegen irgendwelche Bevölkerungsgruppen.“

Staatliche Stellungnahmen

Die Hochschule hat die Immatrikulation der Studentin nach Konsultationen mit mehreren Regierungsbehörden, darunter das Ministerium für Hochschulbildung und Forschung, annulliert. Der Minister bezeichnete die angeblichen Äußerungen der Studentin als „extrem“. Philippe Baptiste, der Minister, schrieb auf X:

„Frankreich muss keine internationalen Studierenden aufnehmen, die Terrorismus, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Antisemitismus befürworten. Ob sie aus Gaza oder anderswo kommen, internationale Studierende mit solchen Äußerungen haben keinen Platz in unserem Land.“

Andere hochrangige Minister unterstützten die Empörung über die Beiträge der Studentin und erklärten, dass die Angelegenheit an die Justizbehörden verwiesen wurde.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)